

Nächste Nummer des „Geraden Wegs“ erscheint  
am Mittwoch, 14. Dezember im neuen Format

# Der gerade Weg

Deutsche Zeitung für Wahrheit und Recht.

HERAUSGEBER: DR. FRITZ GERLICH

NATURRECHTSVERLAG G. M. B. H.  
Schriftleitung und Verlag: München, Hofstatt 5, II. Stock  
Postscheckkonto München Nr. 2426 / Telefon 93378/93379

Donnerstag

Einzelverkauf: 20 Pf., 40 Oesterr. Gr., 30 Schw. Rappen  
Bezugspreis monatl. 90 Pf. einschl. Zustellgeb. durch Agentur,  
durch die Post 96 Pf. Kostenl. Unfall- u. Sterbegeldversicherung

Nummer 50

München, den 11. Dezember 1932

4. Jahrgang

## Republik oder Monarchie?

### Deutschlands Schicksalsfrage: Radikal-sozial, sozialistisch oder monarchisch?

Die nächsten Nummern des „Geraden Wegs“, der von jetzt ab zweimal wöchentlich erscheint, werden erhöhte Beachtung finden.

Wie Wetterleuchten zuckt in Deutschland und vor allem in Süddeutschland bei allen politischen Auseinandersetzungen immer wieder das Problem künftiger Monarchien sowie das einer sozialistischen bzw. radikal-sozialistischen Umgestaltung der deutschen Wirtschafts- und Sozialordnung auf.

Die Hohenzollern, die Wittelsbacher, die Wettiner und nicht zuletzt die Habsburger werden genannt. Für jedes dieser Häuser sind zum Teil machtvolle Kreise am Werke.

Der „Gerade Weg“ will daher in der hier beginnenden Artikelreihe die Grundlagen und Aussichten dieser Bestrebungen auseinandersetzen. Er will darzulegen versuchen, ob diese Wege in noch tieferes Elend führen, oder ob die eine oder andere der genannten dynastischen Möglichkeiten uns Licht und Lust, wirtschaftlichen Aufstieg und Befriedung im Innern zu bringen vermögen.

Zu der zweiten Sitzung des neuen Reichstages wurde befaßt, dem nationalsozialistischen Antrag gemäß dem Art. 51 der Reichsverfassung gesetzlich die Vertretung des Präsidenten des Deutschen Reiches zu regeln. Es wurde vorgeschlagen, als solchen den Präsidenten des Reichsgerichts einzusetzen. Eine Begründung wurde nicht gegeben. Die Hitlerpartei wollte offensichtlich einen Teil ihrer Gefolgschaft nicht vor den Kopf stoßen. Denn „der Führer“ und seine Reichstagsfraktion ist ja in slavischer Abhängigkeit von den Stimmungen der Anhänger.

Von deutschnationaler Seite, nämlich durch den Mund des Abg. v. Freitag-Loringhoven wurde diesem nationalsozialistischen Antrag entgegengehalten, daß damit der Posten des Präsidenten des Reichsgerichts politisiert würde. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß dieser Einwand des genannten deutschnationalen Reichstagsabgeordneten zu Recht erhoben worden ist. Denn angesichts der Aufgaben, die dem Reichsgericht — auch als Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich — obliegen, kann eine Politisierung seiner Spitze nur zu schweren Unzulänglichkeiten für unsere ganze Rechtspflege führen.

Wir sind nun der Ansicht, daß all jenen Parteien, die trotzdem für den nationalsozialistischen Antrag gestimmt haben, diese Bedenken ebenso bewußt sind. Wenn man sich über sie hinweggesetzt hat, so geschah es nicht aus objektiv rechtlichen, sondern aus parteipolitischen Erwägungen des Augenblicks. Ob man damit der Rechtsidee, also auch dem obersten Gerichtshof des Deutschen Reiches einen Gefallen getan hat, erscheint mehr als fraglich. Trotzdem ist die deutschnationale Partei an diesem Ausgang nicht schuldlos. Sie ließ nämlich durch den genannten Abgeordneten einen Gegenantrag begründen, der darin bestand, daß der Reichspräsident selbst seinen Vertreter zu ernennen habe und für den Fall vorzeitiger Erledigung der Präsidentenschaft durch ein politisches Testament den Vertreter für die Zeit bis zur Neuwahl bestimmen könne.

Der genannte deutschnationale Abgeordnete begründete diesen Antrag mit dem Hinweis, er entspreche der Reichsverfassung, wie sie sich in der letzten Zeit gestaltet habe. Das heißt, er nahm auf tatsächliche, aber nicht rechtmäßig gewordene Verhältnisse Bezug und mußte sich von dem Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion sagen lassen, daß er ein „Erbpräsidium“ mit einer Machtfülle schaffen wolle, das hinter dem des früheren Kaiseriums nicht mehr wesentlich zurückstehe. Nach den Berichten einzelner Zeitungen soll er als Begründung auch die Bemerkung gewagt haben, durch die Einsetzung des Präsidenten des Reichsgerichts als Vertreter des Reichspräsidenten würde ein „republikanischer Kronprinz“ entstehen, den die deutschnationale Partei ablehnen muß. Darauf

soll ihm von dem Abgeordneten Breitscheid unter Heiterkeit des Hauses der Zuruf gemacht worden sein: „Ihr wollt den anderen Kronprinzen!“

Die Leser des „Geraden Wegs“ werden sich in diesem Zusammenhang an unsere Veröffentlichung aus den Mitteilungen des Vereins der Konservativen in der vorigen Nummer erinnern, wonach Hindenburgs Autorität rein darin bestehe, daß er sich als „Makhalter für die Erbmonarchie der Hohenzollern“ zu fühlen habe.

Wir bedauern es außerordentlich, daß der Sprecher der deutschnationalen Partei im Reichstag es unterließ, dem Gegenantrag seiner Partei die Begründung aus dem eigentlichen Ziel derselben beizufügen. Wir halten das fortwährende Versteckspiel vor dem deutschen Volk, das jetzt auch in öffentlichen Reichstagsitzungen geübt wird, für verfehlt, und zwar aus nachfolgenden Gründen. Denn das Ausland erwirbt die monarchische Frage für Deutschland bereits ganz offen.

In einem Leitartikel, der den Titel „Von Papen zu Schleicher“ trägt, schrieb die „Neue Zürcher Zeitung“ am Samstag, 3. Dezember 1932, Nr. 2254, über das Kabinett Papen: „Niemand hätte die Konzentration der politischen Macht in den Händen eines „autoritären Kabinetts“ eine solche Erbitterung im deutschen Volk wecken können, wenn dieses Kabinett nicht von einem Kanzler geführt worden wäre, der die Krämpfe und Leiden des deutschen Volkes fast als einen providentiellen Glücksfall zu betrachten schien und sich außeigisch machte, Deutschland durch grundstürzende Verfassungsreformen so umfassend und gründlich zu „retten“, wie es ungefähr in den Plänen von Hans Doorn liegen dürfte.“

In der außerdeutschen Presse — insbesondere der holländischen — fanden sich seit Monaten immer wieder Nachrichten, daß der frühere deutsche Kaiser Wilhelm II. mit seiner baldigen Rückberufung nach Deutschland rechne und erwarte, daß ihm erneut die Macht übertragen werde.

„Der gerade Weg“ hat schon mehrmals derartige Meldungen mitgeteilt. Er hat ferner schon vor dem Sturz des Kabinetts Brüning und dann wiederholt darauf hingewiesen, daß es einflussreiche politische Kreise in Deutschland gibt, die von der neuen Art der Reichsregierung, nämlich der Präsidialregierung, mehr erwarten, als in der eigenen Erklärung ausgesprochen ist. Er hat auch betont, daß es gerade diese Kreise gewesen sind, denen wohl der Haupteinfluß beim Sturz des Kabinetts Brüning zuzuschreiben ist. Wir hatten außerdem unseren Lesern in der vorigen Nummer bereits Äußerungen der geheim erscheinenden „Mitteilungen des Vereins der Konservativen“ und der Berliner Zeitung „Der Deutsche“ vorgelegt, aus denen sie ersehen konnten, daß die eben wieder gegebene Mitteilung der „Neue Zürcher Zeitung“ in eingeweihten deutschen Kreisen sicher kaum Verwunderung erregt.

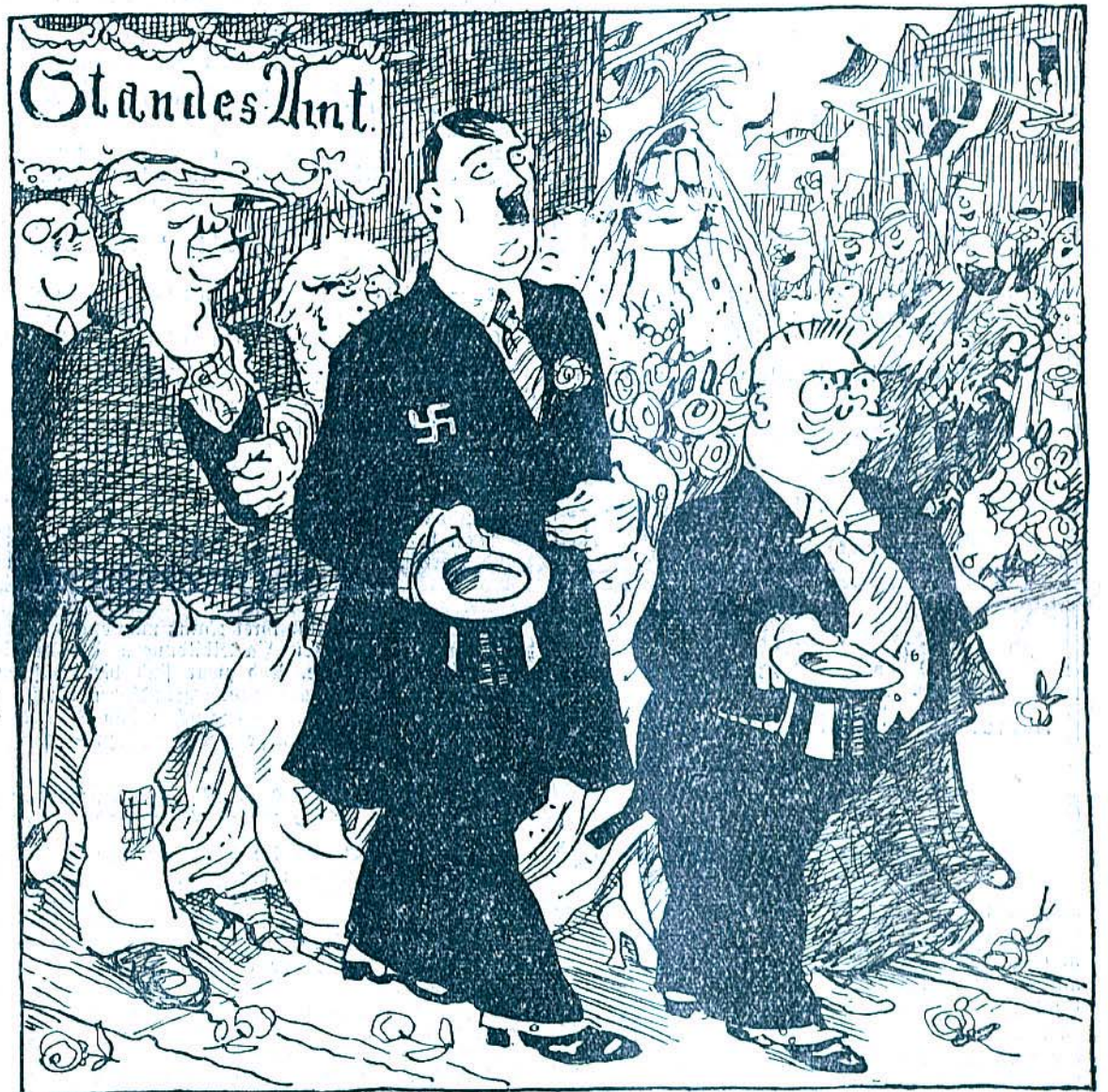
Ihr entspricht der von Freitag-Loringhoven begründete deutschnationale Antrag in jeder Weise.

#### Wir erörtern diese Frage an der Öffentlichkeit!

Diese konservativen „Mitteilungen“ aber sind nicht das einzige Organ, das sich mit der Frage der Wiederherstellung der Monarchie als Rettung aus dem jetzigen trostlosen Elend beschäftigt. In Deutschland ist es nur so, daß die Erörterungen über die Frage, ob die Wiederherstellung der monarchischen Staatsform unser Volk nicht aus dem heutigen Elend retten könnte, sich in wesentlichen in Organen und Diskussionen

vollzieht, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stehen. Die ausländische Presse erörtert von Zeit zu Zeit diese Frage und die auf die Wiederherstellung der Monarchie in unserem Vaterlande hinzielenden Bestrebungen ganz öffentlich.

Weniger unter Ausschluß der Öffentlichkeit, wenn auch immer noch nicht im vollen deutschen Tageslicht vollzieht sich die Erörterung einer zweiten Frage, nämlich der, ob das kommende



Vorschlag zur Güte: Der innere politische Friede Deutschlands, verbunden mit sozialem Ausgleich, wird dadurch erzielt: Mugenberg heiratet Klara Zetkin; Hitler ehelicht Frizzi Massarry und Thälmann wird durch Katharina von Oheimb sanfter Gesinnung zugeführt

Deutschland nicht sozialistisch aufgebaut werden müsse. Die „Tat“, also jene Zeitschrift, in der die „aktiven“ Kreise des „jungen Deutschland“ zu Wort kommen, behandelt das Problem erst wieder in ihrem Dezemberheft sehr ausführlich.

„Der gerade Weg“ hat schon vor Monaten,

nämlich nach der Reichstagswahl vom 31. Juli, seine Leser darauf hingewiesen, daß dieser Reichstag eine Zweidrittelmehrheit aufweise, die den Parteiprogrammen nach sozialistisch oder wenigstens radikal-sozial sein müsse, wenn wir die katholischen politischen Parteien und die Enzyklika des Papstes Pius XI. „Quadragesimo anno“ mit einbeziehen.

#### Um die Wiederherstellung sozialer Gerechtigkeit

Daß in Deutschland sich seit dem Kriege eine ganz außerordentlich weitreichende wirtschaftliche und soziale Umschichtung vollzogen hat, ist außer Zweifel. Ganz große Gruppen sind „proletarisiert“ worden, das heißt, ihre Existenzgrundlage als mehr oder weniger gehobener Mittelstand ist vernichtet. Innerhalb der Angestellten- und Handarbeitererschaft herrscht ein kaum mehr überbietbares Elend der Arbeitslosigkeit, das nicht nur eine materielle, sondern eine fast noch stärkere seelische Not, nämlich Hoffnungslosigkeit, erzeugt hat. Daß der bisherige parlamentarische Betrieb in Deutschland diese Not zu wenden nicht geeignet ist, ist allgemeine Meinung. Daher kann die bei jeder neuen Wahl deutlichere Gleichgültigkeit des deutschen Volkes gegenüber diesem parlamentarischen Betrieb nicht als ein Beweis der Zufriedenheit oder Anhänglichkeit betrachtet werden. Ebenso wenig aber als ein Anzeichen dafür, daß das deutsche Volk in seinen breiten Massen gegenüber der Frage der sozialen und wirtschaftlichen Gerechtigkeit gleichgültig geworden sei. Wer mit dem breiten Volk nähere Beziehungen unterhält, weiß, daß die materielle Not immer wieder die Frage der sozialen Gerechtigkeit aufwirft. Noch mehr aber tun es die Verjude, diese fürchtbare Not zur Entrechtung weitester Schichten der Angestellten- und Arbeitererschaft auszunutzen. Unvor-

eingenommene Deutsche haben deswegen nicht den geringsten Zweifel darüber, daß die Frage der Wiederherstellung der sozialen Gerechtigkeit durch eine grundlegende Änderung unserer Wirtschafts- und Sozialverhältnisse in kürzester Frist mit jener Frage werden wird, um die sich deutsche Politik in entscheidender Weise dreht.

#### Um Hindenburg

In der vorigen Nummer des „Geraden Wegs“ haben wir mit gewissem menschlichen Widerwillen, aber aus der Pflicht zur Wahrhaftigkeit heraus darauf hingewiesen, daß die derzeitige politische Situation in Deutschland durch die überragend autoritäre Stellung eines Mannes bedingt ist, nämlich des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg, der 85 Jahre alt ist. Das heißt, wir haben die Grenze des menschlichen Lebens beim Herrn Reichspräsidenten als politisches Moment mit einzurechnen. Der Antrag im Reichstag, die Stellvertretung des Reichspräsidenten durch Reichsgesetz zu ordnen, geht von der gleichen Überzeugung, wenn auch mit anderen Zielen, aus. In der Dezembernummer der schon erwähnten Zeitschrift „Die Tat“ finden wir außerdem einen Leitartikel ihres Herausgebers Zehrer, der sich ebenfalls für